

Antimuslimischer Rassismus Report 2018 der Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus

Die Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit & antimuslimischer Rassismus (kurz: Dokustelle) ist inzwischen fast 5 Jahre tätig und stellt heute den 4. Antimuslimischen Rassismus Report vor.

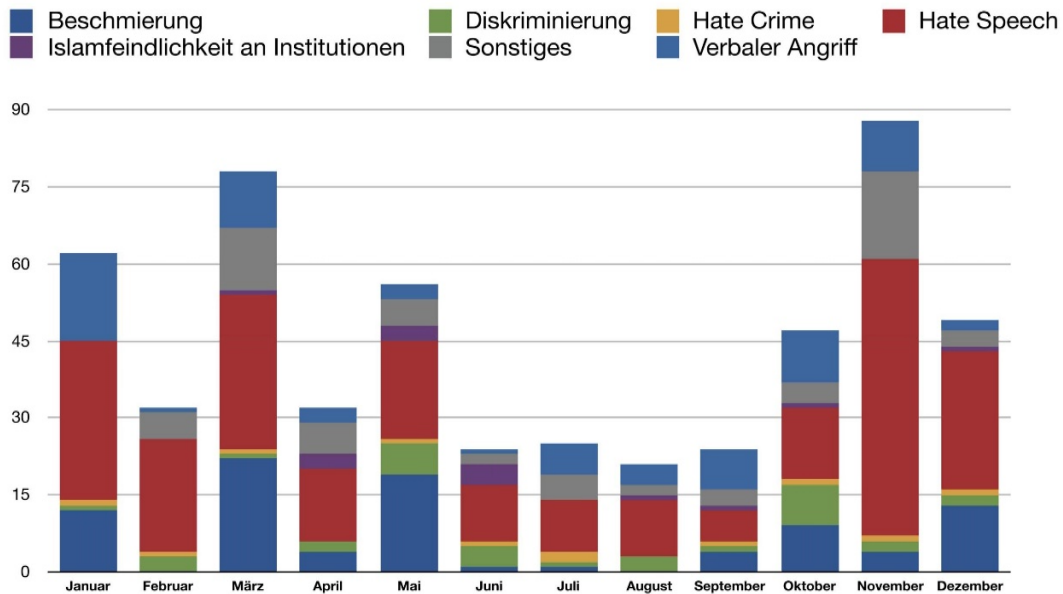
Das Ziel der Dokustelle ist es, zum einen Betroffenen Unterstützung zu bieten und zum anderen anhand vorhandener Zahlen und Fakten Tendenzen in der Gesellschaft aufzuzeigen. Hierfür dokumentiert sie die Islamfeindlichkeit bzw. den antimuslimischen Rassismus in der Gesellschaft, erstellt Statistiken, analysiert diese und präsentiert jedes Jahr den „Antimuslimischen Rassismus Report“. Darüber hinaus war die Dokustelle inzwischen in mehr als 60 Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen und mehreren nationalen und internationalen Austauschplattformen beteiligt, um einen konstruktiven und proaktiven Beitrag für ein respektvolles Miteinander zu leisten. Die Dokustelle ist bestrebt, in der breiten Gesellschaft ein Bewusstsein gegenüber antimuslimischen Rassismus zu bilden und die Vernetzung mit weiteren Organisationen und Partnern auszubauen.

Statistik

Im Jahr 2018 wurden der Dokustelle insgesamt 540 Fälle gemeldet. Verglichen mit den 309 dokumentierten Fällen im Jahr 2017 zeigt sich ein Anstieg von ca. 74 %.

- ❖ Die 540 Fälle setzen sich wie folgt zusammen: 250 Hate Speech Fälle (46%), 89 Beschmierungen (17%), 76 verbale Angriffe (14%), 65 Sonstiges (12%), 34 Diskriminierungen (6%), 15 Fälle zu Islamfeindlichkeit an Institutionen (3%) und 11 Hate Crime Fälle (2%).
- ❖ Auffallend ist der starke Anstieg an Beschmierungen. In absoluten Zahlen sind die gemeldeten Fälle um 50% gestiegen, nämlich von 59 im Jahr 2017 auf 89 im Jahr 2018.
- ❖ Der große Anstieg der gemeldeten Hate Speech Fälle lässt sich sowohl auf unseren Fokus auf Hate Speech als auch auf die nähere Zusammenarbeit mit dem Verein ZARA - *Zivilcourage und Anti-Rassismus – Arbeit* – zurückführen. Ein Bilanzbericht der ZARA-Beratungsstelle #GegenHassimNetz ist im Report auf S. 41 nachlesbar.
- ❖ Zum ersten Mal in den letzten Jahren verzeichnen wir eine Zunahme von gemeldeten Fällen, in denen Männer die Betroffenen waren. Prozentual stieg von 2% im Vorjahr auf 17% im Jahr 2018. Frauen bleiben jedoch mit 83% die größte Gruppe der Betroffenen von islamfeindlichen Angriffen und antimuslimischen Rassismus.
- ❖ Im Jahr 2018 gibt es eine große Verlagerung im Bereich der Orte der Ereignisse. Mit 53% stellt das Internet den größten Anteil der Orte dar. Neben den Fällen im Internet erfolgen mit 31% die meisten antimuslimischen Handlungen im öffentlichen Raum. Hierzu zählen besonders verbale Angriffe, Beschmierungen sowie Ereignisse, die in der Kategorie „Sonstige“ erfasst sind.
- ❖ In Wien ereigneten sich 155 Fälle der insgesamt 183 gemeldeten Fälle, deren Ortsangabe uns mitgeteilt wurde. Eine mögliche Begründung könnte sein, dass die Dokustelle ihren Sitz in Wien hat und sie primär in der Bundeshauptstadt und in der näheren Umgebung tätig und präsent ist.

Analyse



Die antimuslimischen Fälle für das Jahr 2018 sind wie auch im letzten Report in Monaten unterteilt, um Tendenzen über das Jahr hinweg aufzuzeigen. Es ist unverkennbar, dass in den Monaten November, März, Januar und Mai eine disproportional hohe Anzahl antimuslimischer und islamfeindlicher Handlungen im Vergleich zu den anderen Monaten registriert wurden.

Die muslimische Bevölkerung Österreichs und „der“ Islam wurden durchwegs im politischen als auch im medialen Diskurs thematisiert. Die statistisch dargestellten Tendenzen lassen annehmen, dass explizite Themensetzungen und politische Narrativen Alltagshandlungen von Menschen beeinflussen und rassistische Handlungen begünstigen.

Der Monat November bildet mit 16% der registrierten Fälle der absolute Höhepunkt. Dieser Zeitraum korreliert mit dem von der FPÖ veröffentlichten rassistischen Video über den Missbrauch von E-Cards (Ali-Video), weitere politische Kampagnen, darunter Ausschluss der muslimischen Bevölkerung von Gemeindebauten, und der Antragsstellung für das Kopftuchverbot an Volksschulen.

Ein weiterer Höhepunkt ist in März erkennbar, hierbei machen einen Großteil der Fälle Beschmierungen und Hate Speech aus. In diesem Zeitraum wurden kontroverse Publikationen über Muslim*innen veröffentlicht, welche den öffentlichen Diskurs und politische Handlungsentscheidungen beeinflussten. Die in diesen Werken tendenziell einseitige, undifferenzierte sowie rassifizierende Darstellungen von Muslim*innen prägte zudem das Framing der darauffolgenden medialen Debatten. Dies könnte ein möglicher Grund dafür sein, dass es zu vielen hetzerischen Äußerungen im Internet kam.

Gipfel: u.a. rassistisches Video, politische (Online) Kampagnen und die Antragstellung des Kopftuchverbots an Volksschulen.

Zum Jahresanfang zeichneten wir viele verbale Angriffe und ganz besonders viel Hate Speech im Internet auf. Der Großteil der Hate Speech Fälle bezogen sich auf das Neujahrsbaby.

Intersektionalität

Auch im Jahr 2018 zeigt sich die Bedeutung einer intersektionellen Analyse von antimuslimischen Rassismus. Die Intersektionalität beschreibt die Verschränkung von verschiedenen Diskriminierungsformen, z.B. Rassismus und Sexismus, in einer Person. Durch mehrere Zugehörigkeiten

bzw. Identitätsmerkmale, wie Geschlecht, Religion, Hautfarbe, Klasse, erlebt eine Person die Verschränkung von Diskriminierungsformen was zu einer eigenständigen Diskriminierungserfahrung führt. Die mehrfache Zugehörigkeit erhöht die Wahrscheinlichkeit, von Diskriminierung betroffen zu werden. Das Frauen auch dieses Jahr mit 83% den Großteil der Betroffenen ausmachen, spricht für das Zusammenwirken von Sexismus und antimuslimischer Rassismus. Dieselbe Logik spielt sich in den Debatten zum Thema Kopftuch wieder.

Gleichbleibende
Intersektionalität
Sexismus und
antimuslimischer
Rassismus

Die Verbindung von Flüchtlingsfeindlichkeit und Türkenfeindlichkeit mit dem antimuslimischen Rassismus konnten wir auch dieses Jahr in den gemeldeten Fällen feststellen. Dies hat sich vor allem in den Online Hate Speech Fällen manifestiert. Sowohl in Online Hate Speech Fällen, als auch im Alltagsrassismus offenbart sich wie auch im letzten Jahr die „Verfremdung“ bzw. „Othering“ von Muslim*innen in der Gesellschaft. Aus den verbalen Aussagen ist erkennbar, dass häufig der muslimischen Bevölkerung die Zugehörigkeit zu Österreich abgesprochen wird und sie als fremd dargestellt werden.

**Othering von
Muslim*innen**

Einen akademischen Einblick in das Thema der Intersektionalität bietet im Report Dr. Emilia Roig (S. 45) vom Center for Intersectional Justice (cij).

Politische Reden: Narrativbildungen und Zuschreibungen

Vermengung der Begriffe Islam und Islamismus

Wir beobachten an politischen Reden eine undifferenzierte Nutzung der Begriffe „Islam“ und „Islamismus“ (als auch „islamisch“ und „islamistisch“) bzw. die Vermengung dieser zwei Begriffe stattfindet. Die vorhandene Unkenntnis bzw. die undifferenzierte Nutzung dieser zwei Begriffe ist daher besorgniserregend, da muslimische Praktiken und Muslim*innen selbst pauschalisiert und bedenkenlos als „Islamisten“ identifiziert werden.

Scheinbare Unvereinbarkeit Muslime vs. „österreichische Werte“

Wiederholt konnten wir in medialen und politischen Diskursen die Konstruktion einer scheinbaren Unvereinbarkeit zwischen vermeintlichen „österreichischen Werten“ und „muslimischen Bevölkerungsgruppen“ beobachten. Letzteres lies sich wiederholt in politischen Diskursen in Bezug auf Flüchtlingspolitik, Bildungspolitik und Kopftuchverbote erkennen.

Konstruktionen des Kopftuchs

Wir beobachteten mehrere politische Aussagen, die die Bedeutung „des Kopftuchs“ vorbestimmen. Im Report haben wir anhand zwei konkreter politischer Aussagen aufgezeigt, wie eine homogenisierende, bevormundende, fremdbestimmende und die Individualität absprechende Bedeutungen von Dritten konstruiert werden, die wiederum als Legitimierung für konkrete politische Handlungsaktionen herangezogen werden.

Ausgesuchte Empfehlungen

Rassismus existiert in allen Ebenen der Gesellschaft. Um Rassismus entgegen zu wirken, braucht es ein gesamtgesellschaftliches Bewusstsein. Dabei sind die Kooperation und die Zusammenarbeit verschiedener Instanzen unumgänglich. Wir erachten folgende Maßnahmen notwendig für die Antirassismuserbeit.

- ❖ Laut §33 Abs. 1 Z 5 stellen Delikte aus rassistischen Motiven einen besonderen Erschwerungsgrund dar. Die Polizei sollte daher in der Lage sein, rassistisch motivierte Strafdelikte zu erkennen. Deshalb erachten wir Maßnahmen zur Sensibilisierung von Beamt*innen der Polizei als notwendig.

- ❖ Immer noch werden viele der zur Anzeige gebrachten Fälle frühzeitig eingestellt. Wir fordern, dass die Anzahl der Ermittlungen bei vermuteten rassistischen Fällen erhöht und eine gesonderte Behandlung vorgenommen wird. Präzedenzfälle können eine präventive Wirkung haben.
- ❖ In einigen eingegangenen Fällen ist auf dem ersten Blick das Motiv nicht zu erkennen. Dennoch ist hervorzuheben, dass weitere Indizien in jeweiligen Fällen in Betracht gezogen werden sollten, um die Motivermittlung effizienter zu gestalten. In diesem Zusammenhang müssen die Methoden weiterentwickelt werden, um unklare Fälle richtig einzuordnen.
- ❖ Die Anzahl der Fälle, die uns gemeldet werden, steigen signifikant an, wenn zur selben Zeit politische Kampagnen und politische Debatten negative Assoziationen wecken. Auch der erstmalige Bericht von SOS Mitmensch „Antimuslimischer Rassismus in der österreichischen Politik - Bericht 2018“ erkannte in den betriebenen politischen Kampagnen antimuslimisch-rassistische Tendenzen. Politische Tendenzen zur Normalisierung ist besorgniserregend und schafft mehr Ressentiments gegenüber Muslim*innen.
- ❖ Im Kapitel „Politische Reden: Narrativbildungen und Zuschreibungen“ veranschaulichen wir mit ausgewählten Beispielen, wie spezifische Stereotype in politischen Diskursen eingesetzt werden. Als Dokustelle weisen wir daraufhin, dass vor allem unter politischen Funktionären Ressentiments gegenüber Muslim*innen und Flüchtlingen erzeugt wird. Wir plädieren für einen respektvollen Umgang und eine bedachte Wortwahl, die frei von Rassismus, Sexismus und Gewalt konstruierten negativen Assoziationen sind.
- ❖ Eine gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung und Schulungen zu Rassismus erachten wir in allen Ebenen der Öffentlichkeit als unumgänglich. Besonders wichtig ist hier bereits frühzeitig anzusetzen und Workshops und Sensibilisierungsarbeit zum Thema Rassismus durchzuführen. Zusätzlich sollte bereits bei der Ausbildung des Lehrpersonals eine entsprechende Weiterbildung vorzusehen sein.
- ❖ Im Jahr 2018 wurde Österreich im Zivilgesellschaftsrating der globalen Allianz Civicus abgestuft. Wir sehen diese Entwicklung mit großer Besorgnis und fordern von der staatlichen Seite, einen konstruktiven, inklusiven und gleichwertigen Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus allen Bereichen.

Der vollständige Report ist unter der Homepage (www.dokustelle.at) abrufbar.

